



Zeitschrift des Landtagsabgeordneten Tobias Heller

Blauer Brief

Ausgabe 02/26



Bildung befindet sich im freien Fall

SEITE 2



Die Sonne geht im Osten auf

SEITE 4



So billig könnte Ihr Sprit sein

SEITE 8



Gericht bestätigt: AfD ist bundesweit nicht rechtsextrem!

Empfindliche Schlappe für den als „Verfassungsschutz“ daher-kommenden Regierungsschutz!

Das Verwaltungsgericht Köln hatte Ende Februar entschieden, dass die dem Innenministerium unterstellte Behörde die AfD im Bund nicht mehr als rechtsextrem

CDU-Innenminister gesteht Hintergrund

bezeichnen darf! Das Urteil lässt ein Verbotsverfahren sehr unwahrscheinlich werden. Bemerkenswert ist die Begründung der Richter: Aus vereinzelt forderungen könne keine rechtsextreme Position der Gesamtpartei abgeleitet werden!

Mit dem demokratischen Begriff „Remigration“ verbinden die

Richter nicht per se verfassungsfeindliche Bestrebungen.

Besonders interessant bleibt die Aussage des sächsischen CDU-Innenministers Schuster. Er spricht von einem „politisch motivierten Schnellschuß“ der Ampel-Regierung! Das zeigt: Der Verfassungsschutz bleibt ein weisungsgebundener Regierungsschutz!

Sachsens Bildung im freien Fall: Wir brauchen Noten und Maßstäbe!

„Wir lernen es nicht mehr in der Schule, richtig zu lernen“, betont Lina Zeeh, Sprecherin des Landesschülerrats Sachsen im gestrigen Interview mit der LVZ! Ohne Zweifel: Deutlicher kann man die Lage kaum beschreiben.

Aktuelle Schuluntersuchungen zeigen: Jeder dritte Erstklässler kann nicht richtig sprechen, viele Kinder haben massive Defizite beim Sehen, Greifen und Zählen. Dazu kommen Unterrichtsausfall, Klassen mit hohem Ausländeranteil, überlastete Lehrer und ein Stressniveau, das selbst Jugendliche an ihre Grenzen bringt.

Die Grundlagen – Lesen, Schreiben, Rechnen – erodieren, während Orchideen-Theorien wie das Gendern gelehrt werden.

Gleichzeitig wird ernsthaft über Notenabschaffung diskutiert und beispielsweise in der Quesenberg-Grundschule in Meißen schon angestrebt, als könne man Leistungsprobleme einfach ignorieren und schönreden. Genau vor dieser Wohlfühl-Pädagogik warnen Experten:

Ohne klare Maßstäbe gibt es keine Orientierung, ohne Leistung keine Bildung! Noch dazu nimmt es Lehrern weitere Zeit für wirklich wichtige Unterrichtsgestaltung statt für Wolken-Bewertungen ihrer Schützlinge. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag benennt diese Missstände seit Jahren und legt Lösungen vor. Wir fordern frühe und verbindliche Sprach-

standsfeststellungen, ein verpflichtendes Vorschuljahr, den Erhalt von Schulnoten, kleinere Klassen, mehr Lehrer und einen klaren Fokus auf Kernfächer statt Experimente.

Auch die Naturwissenschaften verdienen wieder deutlich

mehr Beachtung!

Bildung ist kein Wohlfühlprojekt. Wer Leistung abschafft, schadet vor allem den Kindern. Sachsen braucht wieder Anspruch, Ordnung und echte Förderung – für eine Bildung, die diesen Namen verdient! Ich erwarte von Kultusminister Clemens nichts anderes als eine sofortige „Rolle rückwärts“ für das „Bildungsland 2030“. Sonst ist sie eben einfach weg – die Bildung!

Die Abschaffung von Noten schafft neue Bildungs-Probleme!



Bildungszeit: CDU lässt sich „unterbuttern“

Aus anfänglich fünf Tagen „Bildungszeit“ zur Fortbildung und Qualifizierung sowie politischer Bildung im Ehrenamt konnte man sich in der Verliererkoalition aus €DU und SPD nun auf einen Konsens zu Lasten aller Sachsen einigen.

Laut diesem, ab dem 1. Januar 2027 gültigen Gesetz können Beschäftigte künftig drei Tage pro Kalenderjahr frei bekommen, um sich beruflich zu qualifizieren, für ein Ehrenamt fortzubilden oder

Linke Vereine dürfen von Bildungszeit finanziell profitieren!



aber politisch zu bilden – selbstverständlich auch beim staatlich gewollten und mitunter subventionierten sowie linkslastigen Bildungsträger!

Was dabei vergessen wird: Es braucht Betriebe, denen diese „Bildungszeit“ auch wirtschaftlich einen Mehrwert bietet. Im Zweifel bilden unsere Unternehmen die entsprechenden Mitarbeiter gleich selbst aus – auf eigene Kosten

natürlich! Es ist aber auch gut möglich, dass nun gewaltfreies Töpfen gegen Rechts mit dem Kulturbüro Sachsen auf den Malediven dank der Linken, den Christpopulisten, Kirchen, Gewerkschaften und dem pöbelnden Rest möglich wird. Ich selbst bin seit vielen Jahren im Ehrenamt tätig und mich haben auch viele Stimmen zu diesem Thema erreicht. Teils sehr kontrovers, aber immer sachlich. Eine qualifizierte Weiterbildung ist auch heute bereits mit geringem zeitlichen Aufwand möglich. Deshalb lehne ich persönlich diesen Antrag entschieden ab! Besonders symptomatisch: Trotz eindeutigem Votum der sächsischen Wirtschaft und den kommunalen Vertretern in der öffentlichen parlamentarischen Anhörung lässt sich die ehemalige Wirtschaftspartei €DU nun wieder in Sachsen sprichwörtlich „unterbuttern“.

Eine Hand voll Abweichler in der CDU-Fraktion fallen da nicht mehr ins Gewicht!

Attacken auf Büros und Infostände der AfD in Nordsachsen

Auch in Nordsachsen kommt es immer wieder zu Angriffen auf Büros und Vertreter der AfD. Zuletzt attackierte ein Linksextremist den gemeinsamen Stand des AfD-Landtagsabgeordneten Tobias Heller und des AfD-Bundestagsabgeordneten René Bochmann am 16. März 2026 in Torgau. Der Linksextremist beleidigte AfD-Vertreter am Stand, entwendete Werbemittel und stieß einen Liegestuhl um. Herrn Heller gelang es schnell und beherzt, den Ruhestörer vom Stand zu entfernen.

Leider gehören auch Angriffe auf AfD-Büros zur traurigen Realität. Bereits im Februar 2025 und im September 2023 beschmierten Unbekannte großflächig das AfD-Bürgerbüro in Oschatz! Auch das AfD-Bürgerbüro in Torgau sowie das Büro der neuen AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ in Eilenburg wurde bereits zum Opfer von Vandalismus. Ein Armutszeugnis für eine konstruktive, demokratische Debattenkultur in Nordsachsen!



AfD-Infostände werden von Linksextremen attackiert!

Die Sonne geht Eine kleine Geschichte zur

Die Sonne geht im Osten auf, immer noch. Und sie scheint immer blauer. Zum roten Riesen oder schwarzen Zwerg ist sie offensichtlich nicht geworden.

Das, dreieinhalb Jahrzehnte nach der deutschen Eingemeindung. Denn von Wiedervereinigung kann nach der kollektiven Erniedrigung der DDR-Bürger keine Rede sein. Der Vater aller Dinge sei der Krieg, meinte vor über 2000 Jahren der griechische Philosoph Heraklit und der Zweite Weltkrieg war wohl auch der Vater zweier Deutschlands. Vor 35 Jahren wurden beide zusammengeknallt.

Trotz aller politischer Handwerkskunst bleiben Löcher und Risse sichtbar. Es will einfach nicht zusammengehören was zusammenwachsen soll. „Wir sind ein Volk“ wurde in späten Wendezeiten auf Ost-Demos skan-

diert. Für viele im Hinterkopf wohl eher; wir wollen auch Golf GTI, Videorecorder und zum Ballermann fliegen. Und jetzt, die Entdeckung neuer Werte. Nach duckmäuserischen Jahrzehnten der Unterwerfung unter die Sieger im Kalten Krieg entdeckt der Osten sich neu, wird laut und bockig.

Der Osten misstraut dem System, weil er gleich 2 mal hintereinander eine Diktatur aushalten musste, einen „Nationalen Sozialismus“ und einen „Demokratischen Sozialismus“.

Letzterer sollte ja außerdem noch eine „Diktatur des Proletariats“ sein, hatte es aber nur bis zur Diktatur eines Parteiapparates geschafft. Das hat die Menschen von ihrer Staatsgläubigkeit befreit, vom

Glauben dar-

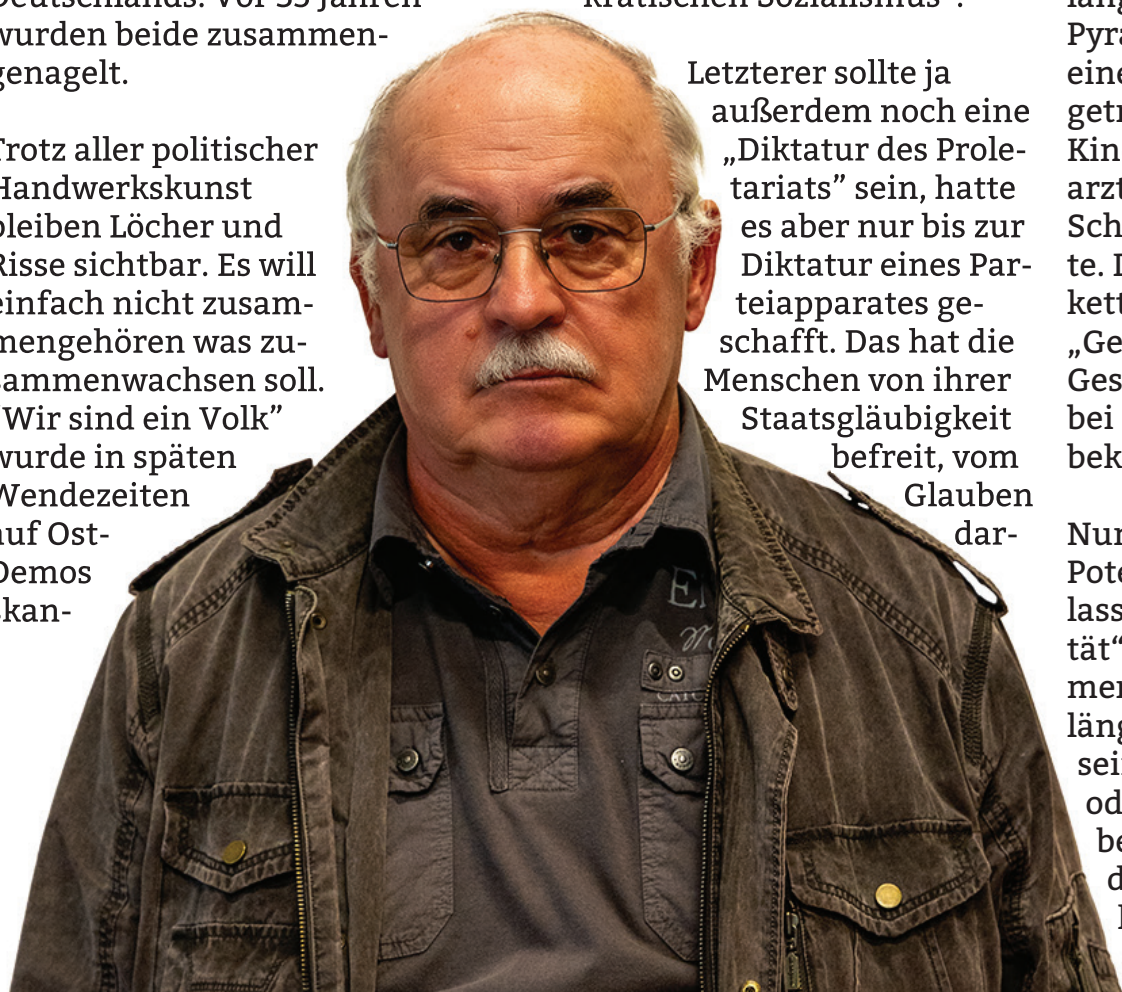
an, was in der Zeitung steht oder im Fernsehen behauptet wird. Im Osten weiß man, dass politische Systeme sterben können. Wer den Zusammenbruch eines Staates erlebt hat, glaubt nicht mehr an das Schöngerede aus Berlin und Brüssel. Die Wirklichkeit; überall rasender Stillstand.

Alles teurer, Brücken stürzen ein, Straßen und Plätze unsicher, Krankenhäuser gehen pleite, an Bahnhöfen baut man länger als an den Ägyptischen Pyramiden und jeden Tag wird eine neue Sau durch das Dorf getrieben: Handy-Verbot für Kinder, Rente ab 70, Zahnarzt ohne Krankenkasse. Eine Schlagzeile überholt die nächste. Dafür Heizungsgesetz, Lieferkettengesetz und natürlich das „Geschlecht-Wechsele-Dich-Gesetz“ hat viel Zustimmung bei den Geschlechtswechslern bekommen.

Nun will auch die SPD dieses Potential nicht brach liegen lassen und die „sexuelle Identität“ ins Grundgesetz aufnehmen. Dabei regelt der Artikel 3 längst, „dass niemand wegen seines Geschlechts (gewandelt oder nicht) benachteiligt oder bevorzugt werden darf“. Aber das haben die Sozialdemokraten wohl nicht gewusst. Natürlich haben wir einen §188 STGB zur Meinungsfreiheit. Man darf danach einen Schwachkopf nicht

SPD: Die sexuelle Identität soll nun ins Grundgesetz

Erniedrigung statt wirklicher Wiedervereinigung



Erwin Ellguth (AfD) ist Mitglied des Nordsächsischen Kreistags, Gemeinderat in Mockrehna (ehemals für die LINKE) und Aufsichtsrat des Krankenhauses (KKH) Torgau.

im Osten auf: Geschichte der Gegenwart

mehr Habeck nennen. Als mich kürzlich mein Nachbar mit „Guten Morgen“ begegnete, musste ich hinweisen, dass diese Worte verboten sein könnten, weil auch SA-Leute „Guten Morgen“ gesagt haben sollen.

Aber 3 Medaillen im Bobsport. Richtig, wenn es abwärts geht, ist Deutschland Spitze. Vor allen Dingen Windmühlen und noch mehr Windmühlen, ob man den Strom braucht oder nicht, bezahlt wird er immer. Stichwort Atomausstieg. 2011 zum

Die alten Parteien trommeln für den atomaren Krieg

Beschluss erhoben, weil in Japan der wahrscheinlich größte Tsunami der Menschheitsgeschichte die Notstromaggregate der Reaktoren absaufen ließ. Bis auf einen. Der spuckte mal kurz das Wasser aus und der uralte Deutz-Diesel lief weiter. Nun, mehrere Jahrtausende geschriebener Geschichte können nichts von Tsunamis hierzulande berichten. Dafür hatte eben zu jener Zeit Frau Merkel die Hilfe einer Ethikkommission. 17 Leute; Kirchenfürsten, Theaterdirektoren, Philosophen, Ex-Minister,

Soziologen. Alles ausgewiesene Fachleute in Sachen Kernenergie-technik. Deshalb war auch die Teilnahme von Ingenieuren aus der Energiewirtschaft nicht erforderlich. Hörte ich doch dieser Tage aus Politik- und Medienkreisen innerhalb des Berliner S-Bahn Ringes die Forderung nach „nuklearer Teilhabe“, nein, nicht für Kernenergie, sondern Atombomben. Jetzt reicht es! Möglicherweise hatte Friedrich Schiller um 1800 richtig erkannt: „die Demokratie ist die Herrschaft der Dummen“. Oder was?

Erwin Ellguth



Straftäter immer jünger: Schulhöfe werden unsicher!

Mittlerweile überholen die Unter-14-Jährigen in Sachsen die 14- bis 17-Jährigen an unseren Schulen: Leider jedoch nicht im Notenschnitt, sondern in der Anzahl an Straftaten!

Das geht aus Daten des Landeskriminalamtes für 2024 hervor, aus der die LVZ nun zitiert. Denn 2024 lagen die Unter-14-Jährigen sachsenweit mit 977 Straftaten erstmalig vor der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen. Auf deren Konto gingen immerhin 910 Fälle. Die zunehmende Gewalt an Schulen hat damit bereits in den Grundschulen

vollständig Einzug gehalten! Auch das Wissen um die eigene Strafunmündigkeit scheint bei den Tätern eine Rolle zu spielen, heißt es in der LVZ. „Die Gewalt wird jünger, persönlicher und erfordert ein gezielteres Vorgehen als je zuvor“, wird der Bornaer Präventionsexperte Rico Reichel von der Plattform „Daporo“ zitiert. Leipzig und angrenzende Landkreise – darunter auch Nordsachsen – liegen zusammen im traurigen Spitzenfeld der Straftaten. Leider schreibt die LVZ auch in

Viele Tatverdächtige kommen aus dem Ausland

diesem Artikel um den heißen Brei herum: Denn nicht nur am Beispiel der berüchtigten Leipziger Kinderbande zeigt sich, dass die Masseneinwanderung verstärkt seit 2015 die Zahl der Straftaten nach oben treibt.

Auch jene oft nur unbestimmt „Kinderbande“ genannte, vor allem in Leipzig-Grünau aktive Schlägertruppe

aus Halbstarken setzen sich vor allem aus Kindern aus dem Südsudan und Tschetschenien zusammen. Manche der Tatverdächtigen sind gerade einmal

11! Leider vergaß die LVZ, dies im vorliegenden Fall zu erwähnen... Dass auch deutsche Schüler kriminell werden können, bestreitet niemand – doch spätestens seit 2015 hat die Gewalt an unseren Schulen eine ganz neue, negative Dimension erhalten!

Ein trauriges Beispiel dafür ist die sehr multikulturell geprägte Wiedebach-Oberschule in Leipzig-Connewitz. Dort forderten Eltern im November 2025 in einem Brandbrief Schulleitung, Behörden, Politik und Polizei zum Handeln auf! Im eingangs zitierten LVZ-Artikel wird kleinlaut der Präventionsexperte Reichel gegen Ende des Artikels zitiert: „Wir brauchen mehr Schulsozialarbeiter. Sie können Konflikte früh erkennen und intervenieren, bevor etwas passiert.“



Social-Media-Verbot für Jugendliche? Wir brauchen Erziehung statt Zensur

Auch in solchen Fällen, betont er, „in denen verschiedene Kulturen aufeinanderprallen, die unterschiedlich mit Konflikten umgehen“. Ob hier Sozialarbeiter allein helfen können, sei jedoch in Frage gestellt... In Ludwigshafen in Rheinland-

Die Gewalt ist nun auch in Nordsachsen angekommen

Pfalz, wo jüngst ein AfD-Bürgermeisterkandidat ausgeschlossen wurde, soll nun sogar eine besonders von Kriminalität beherrschte Schule durch Polizei bewacht werden. Drohen uns solche Zustände nun auch hierzulande?

Auch in Nordsachsen gibt es ähnliche Fälle: Erst im Oktober standen zwei junge Slowaken, ein Syrer, ein Afghane und zwei deutsche Staatsbürger wegen eines brutalen Überfalls in Torgau mit Machete und Baseballschlägern vor Gericht. Hinzu kommt: Erst 2023 wurde, unabhängig vom zuvor beschriebenen Fall, ein 12-jähriger Schüler in der Torgauer Innenstadt überfallen und verletzt. Hier waren Minderjährige mit nicht genannter Nationalität tatverdächtig, die mittlerweile nach Gera gezogen sind...

Nur mit der AfD werden alle Fakten zur zunehmenden Jugendkriminalität ohne Tabus angesprochen und gelöst! Denn es lässt sich längst nicht mehr leugnen, dass die zunehmende Unsicherheit an unseren Schulen in unmittelbarem Zusammenhang mit jener fatalen

Überraschungen gibt's: Erst haben SPD, Grüne und Co. jahrelang das jüngere Wahlalter vehement gefordert. Und nun sollen junge Menschen plötzlich bis zum 16. Lebensjahr nicht mehr in der Lage sein, soziale Medien verantwortungsvoll zu nutzen – aber nach dem 16. Geburtstag gleich an die Wahlurne gehen?

Auch Politiker der CDU – insbesondere der verbotshungrige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Daniel Günther, stimmen nun in den Verbotschor ein. „Böse“ Zungen behaupten, den Altparteien schmeckt nicht, dass junge Wähler besonders in Ostdeutschland gerne blau wählen... Da wird der Jugendschutz für die zensurfreudigen Sozialdemokraten gleich besonders interessant...

Dabei ist das Ganze schon in der Begründung schief: Der „Deutsche Kinderschutzbund“ selbst spricht sich gegen ein pauschales Social-Media-Verbot für Unter-16-Jährige aus. Denn Kinder und Jugendliche dürfen nicht nur Verbote bekommen, sie müssen befähigt werden! Es braucht Begleitung, Medienkompetenz, Schutzkonzepte, Aufklärung und auch technische Schranken. Selbstverständlich müssen auch Plattformen mit ihren suchtverstärkenden Algorithmen stärker in die Pflicht genommen werden. Ein pauschales Verbot aber löst die Probleme nicht! Es verschiebt sie lediglich in dunklere Ecken. Denn keine Sorge: Unser pfiffiger Nachwuchs weiß ge-

wiss, wie er ein Social-Media-Verbot alter Genossen umgehen kann.

Doch diese Argumente sind auch CDU und SPD bekannt. Es entsteht vielmehr der Eindruck, „Kinderschutz“ wird als Begründung vorgeschoben, um am Ende Alterschecks und Identitätsprüfungen durchzusetzen. Denn um ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche durchzusetzen, müsste JEDER Bürger digital erfasst werden. Zur Klarnamenspflicht und zum Social-Media-Verbot für angebliche Verfassungsfeinde und Altparteien-Gefährder ist es da nicht mehr weit... Es droht ein umfassend informierter Überwachungsstaat im Netz!

Die AfD plädiert für offene Angebote sowie Begleitung für Kinder UND Eltern statt pauschaler Verbote. Denn es sind vor allem die Erziehungsberechtigten, die die digitale Erziehung ihrer Kinder beeinflussen. Es gibt genug technische Möglichkeiten und Apps, die einen schrankenlosen und suchtfördernden Umgang mit digitaler Technik und sozialen Medien wirkungsvoll kontrollieren und einschränken helfen!

Wir brauchen konsequenten, realistischen Jugendschutz, der Kinder verantwortungsbewusst in Mediennutzung bildet und Suchtpotenziale verringert. Es braucht aber keine bevormundenden Verbotsfantasien der Altparteien, die am Ende vor allem eines treffen: freie Information, freie Debatte und den Zugang zu alternativen Stimmen!



Preisschock an Für immer mehr Deutsche

Die Preise an den Zapfsäulen und in den Heizungsabrechnungen der Deutschen schießen ungebremst in die Höhe. Doch die schwarz-rote Bundesregierung entlastet die Bürger – im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten – kaum .

Während Familien, Pendler, Rentner und der gesamte Mittelstand die Zeche für jahrelanges politisches Versagen zahlen müssen, verweigert die Merz-Koalition notwendige Steuer-Nachlässe. Stattdessen wird die Krise durch ideologische Scheuklappen und bürokratische Hinhaltetaktik sogar noch verschärft.

Das Maßnahmenpaket von Wirtschaftsministerin Reiche

ist dagegen höchstens ein Tropfen auf dem heißen Stein! Denn der Staat kassiert über Steuern immer noch kräftig mit ab!

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel hat in einer schonungslosen Analyse die bittere Wahrheit jetzt auf den Punkt gebracht:

„Die Preise für Energie explodieren infolge der Eskalation im Nahen Osten. Während unsere europäischen Nachbarn entschlossen handeln und ihre Bürger spürbar entlasten, verweigert die schwarz-rote Bundesregierung jede wirksame Maßnahme.“

Der aktuelle Preisschock kommt nicht aus heiterem Himmel, bereits Anfang des

Jahres sorgte die Erhöhung der CO₂-Abgabe für einen deftigen Sprung nach oben!

Benzin und Diesel verteuern sich teilweise um 20 bis 30 Cent pro Liter, Heizöl und Gas um bis zu

35 Prozent. Und das ist nur der Anfang. Experten warnen bereits vor weiteren Steigerungen, wenn die Lage in der Re-

gion weiter eskaliert. Besonders perfide: Bis zu 65 Prozent des Benzinpreises an der Zapfsäule landen direkt in den Taschen des Staates – durch Energiesteuer bzw. Mineralölsteuer, CO₂-Abgabe, Mehrwertsteuer und weitere Abgaben. Der Bürger zahlt also nicht nur für den Weltmarkt und den Krieg gegen den Iran, sondern vor allem für die ideologische Politik von Union und SPD. Währenddessen handeln andere Länder. In Österreich hat die Regierung kurzerhand die Mineralölsteuer gesenkt und gezielte Entlastungspakete für Haushalte geschnürt. Italien hat per Dekret die Spritpreise um bis zu 25 Cent pro Liter gedrückt. Frankreich und Polen greifen regulierend ein, stützen die Industrie und schützen die Verbraucher vor den Folgen geopolitischer Schocks – nicht jedoch in Deutschland.

Der CDU-Abgeordnete Tilman Kuban bringt die Arroganz der Regierung auf den Punkt, wenn er zynisch erklärt: „Abzocke stoppt man nicht mit Steuergeld.“ Ein Satz, der zeigt, wie weit sich die schwarz-rote Koalition von der Lebensrealität der Menschen entfernt hat.

Der Preisschock war für die Politik klar absehbar



So könnten Spritpreise auch aussehen! Unter www.thomas-ladzinski.de/spritpreise/ können Sie die Preise bei einer AfD-Regierung herausfinden!

der Tankstelle: wird das Leben unbezahlbar!

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schlägt zu den Plänen von CDU-Wirtschaftsministerin Reiche Alarm: „Diese Pläne schaffen massive Rechtsunsicherheit, gefährden Investitionen und riskieren im schlimmsten Fall die Energieversorgung.“ Die Wirtschaft leidet, die Arbeitsplätze sind bedroht, und die Bürger zahlen die Rechnung.

Die Auswirkungen auf die Bevölkerung sind dramatisch. Pendler, die täglich 50 oder mehr Kilometer zur Arbeit fahren müssen, geben jetzt schon mehrere Hundert Euro mehr im Monat aus. Familien mit Kindern kämpfen mit explodierenden Heizkosten, während die Lebensmittelpreise durch höhere Transportkosten ebenfalls steigen. Rentner und Geringverdiener, die ohnehin am Existenzminimum leben, stehen vor der Wahl: Heizen oder Essen?

Der Mittelstand – Handwerker, Bäcker, Landwirte – sieht seine Existenzgrundlage schwinden. In den ländlichen Regionen, wo man auf das Auto angewiesen ist, wird die Mobilität zum Luxusgut. Und in den Städten drohen weitere Energiearmut und soziale Verwerfungen. Diese Krise ist jedoch kein Naturereignis! Sie ist das Ergebnis jahrelangen Versagens. Die Ampel-Regierung hat Deutschland durch die irrsinnige Energiewende und die Sanktionspolitik in die Abhängigkeit getrieben. Statt auf günstige und verlässliche Ener-

giequellen zu setzen, wurde alles auf Wind und Sonne umgestellt – mit dem Ergebnis von Black-out-Gefahr und Importabhängigkeit.

Die AfD hat von Anfang an gewarnt und einen klaren, vernünftigen Weg aufgezeigt.

Alice Weidel fordert: „Deutschland braucht endlich eine Politik der Vernunft statt ideologischer Scheuklappen.“

Konkret bedeutet das: sofortige drastische Senkung der Energiesteuern und Abgaben, vollständige Aussetzung der CO₂-Bepreisung, Aufhebung aller ideologischen Hemmnisse bei der Energieversorgung und eine echte Diversifizierung der Importe – auch aus Russland, wo günstiges Gas früher für stabile Preise gesorgt hat. Dazu gehören der Ausbau von Kernkraft sowie die Förderung heimischer Ressourcen. Die AfD will keine Arbeitsgruppen und leere Versprechungen, sondern Taten: bezahlbare Energie für

alle, starke Wirtschaft und Entlastung für den Normalbürger.

Denn während die Eliten in Berlin weiter von „Klimaschutz“ und „grüner Wende“ träumen, frieren immer mehr Menschen in ihren Wohnungen und rechnen jeden Cent nach. Die grün eingefärbte Merz-Regierung wiederholt exakt die Fehler der Ampel: ideologische Verblendung statt Pragmatismus und Bürgernähe! Die AfD steht wie immer an der Seite der arbeitenden Menschen. Es wird Zeit, dass

die Regierung aus CDU/CSU und SPD Platz

macht für eine echte Alternative. Deutschland braucht wieder eine Politik, die zuerst auf die eigenen Bürger schaut! Die AfD ist bereit, diese Verantwortung zu übernehmen – für ein starkes, sicheres und bezahlbares Deutschland!



Alice Weidel (47) ist Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion und auch Bundessprecherin der Alternative für Deutschland./ Foto: AfD

Terminkalender bis Juni 2026

Das **Bürgermobil** kommt!

**VORBEIKOMMEN
MITREDEN
MITMACHEN**

18. Mai 2026 | 10 – 17 Uhr
Bäckerstraße/Neumarkt
04860 Torgau



Das **Bürgermobil** kommt!

**VORBEIKOMMEN
MITREDEN
MITMACHEN**

04. Juni 2026 | 09 – 12 Uhr
Marktplatz · 04874 Belgern



Das **Bürgermobil** kommt!

**VORBEIKOMMEN
MITREDEN
MITMACHEN**

05. Juni 2026 | 09 – 12 Uhr
Marktplatz · 04774 Dahlen



20. April, 15 - 18 Uhr

MdB/MdL-Sprechstunde am Platz der Freundschaft in Torgau-Nordwest

23. April, 9 - 12 Uhr

Fraktionsmobil zu Besuch am Markt in Mügeln

1. Mai, 14 - 17 Uhr

Infostand des AfD-Kreisverbands am Neumarkt in Oschatz

4. Mai, 15 - 18 Uhr

MdB/MdL-Sprechstunde am Altmarkt in Oschatz

18. Mai, 10 - 17 Uhr

Fraktionsmobil zu Besuch in der Bäckerstraße in Torgau

1. Juni, 15 - 18 Uhr

MdB/MdL-Sprechstunde am Altmarkt in Oschatz

4. Juni, 9 - 12 Uhr

Fraktionsmobil zu Besuch am Markt in Belgern

5. Juni, 9 - 12 Uhr

Fraktionsmobil zu Besuch am Markt in Dahlen

15. Juni, 10 - 17 Uhr

Fraktionsmobil zu Besuch in Torgau am Süba-Turm



Matten-Aus bei „P-D Glasseiden“ in Oschatz

Ausgerechnet im Jahr des 60. Jubiläums von „P-D Glasseiden“ in Oschatz trifft das Unternehmen ein schwerer Schlag: Nach 55 Jahren wird die Mattenfertigung beendet.

Davon sind insgesamt 65 Mitarbeiter betroffen. Nach „Elektrobau Oschatz“ und der „Oschatz Energy and Environment GmbH“ trifft es damit nun ein weiteres heimisches Traditionsunternehmen schwer. „Da sind Menschen, die mit 15 hier angefangen haben, 40 oder 45 Jahre in diesem Betrieb gearbeitet haben – und die stehen jetzt plötzlich vor einem ungewissen Herbst ihres Berufslebens. Das ist einfach nur traurig“, heißt es in der „Torgauer

Zeitung“ seitens der Geschäftsleitung der „P-D Glasseiden“. Ohne die Schließung der nicht mehr rentablen Mattenproduktion seien auch die 190 weiteren Mitarbeiter gefährdet gewesen!

Andeutend heißt es in der „Torgauer Zeitung“, „wirtschaftliche Rahmenbedingungen ließen eine Fertigung dieses Produktbereichs in Deutschland nicht mehr zu. Der Markt sei

stark vom Automobilsektor abhängig, der selbst seit Langem mit sinkenden Stückzahlen und massivem Kostendruck kämpfe“, so die TZ. Das wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Betriebe schwebende Verbrennerverbot, die Bevorzugung

von E-Autos und auch die unvernuünftige Energiepolitik der Bundesregierung erschweren die Produktion massiv! Strom wird unbezahlbar teuer und Automobil-Konzerne produzieren so lieber im Ausland!

Nur mit der AfD können die zunehmenden Unternehmensschließungen verhindert werden: Denn wir stehen für eine vernünftige, bezahlbare Energiepolitik, eine wirtschaftliche Entfesselung heimischer Unternehmen sowie für ein Ende des Klima-Kults um CO2-Besteuerung und unzuverlässige erneuerbare Energien! Vielleicht geht auch irgendwann dem grünen Bürgermeister und Landrat in Nordsachsen mal ein Licht auf, dass diese energiepolitische Geisterfahrt unbedingt umgekehrt werden muss!

Auch Zulieferer der Automobilindustrie stehen jetzt massiv unter Kostendruck



Symbolfoto: KI-generiert

tobias-heller.de

**Schluss nach 55 Jahren:
„P-D Glasseiden“ Oschatz
schließt Mattenproduktion!**

Tobias Heller
Landtagsabgeordneter für Torgau-Oschatz

AfD

Impressum

Herausgeber/ V.i.S.d.P.:

Tobias Heller
Puschkinstr. 9
04838 Eilenburg

E-Mail: mail@tobias-heller.de
Druckerei: Druckhaus Scholz GmbH
Redaktion: Tobias Heller
Auflagenhöhe: 8.000
Ausgabe: 02/2026
Redaktionsschluss: 19.03.26

Bildnachweise: KI-generiert: S. 1 Mitte und oben rechts, S. 6, S. 8, S. 11 teilweise, S. 12 oben / Pixabay: S. 1 oben, S. 2, S. 5, S. 7, S.11 teilweise

Unter www.tobias-heller.de finden Sie neben den bisherigen „Blauen Briefen“ auch „Parlamentarische Infobriefe“ als PDF. Diese informieren monatlich über die Arbeit unserer Abgeordnete in Land und Bund.

Meine Diät für unsere nordsächsischen Vereine!

Zum 1. April 2025 wurden die Diäten sächsischer Landtagsabgeordneter erhöht. Bereits 2027 soll es nach dem Willen von CDU und SPD ein erneutes Plus bei der Abgeordneten-Diäten geben! Ich habe mich entschlossen, meine Diäten-erhöhung zu spenden! In den vergangenen Wochen konnte ich wieder Spendenschecks übergeben – an den Heimatverein Sitzendorf und den Sachsenclub Kemmlitz!

Im vergangenen Jahr erhielt u.a. auch der Kultur- und Heimatverein Blumberg e.V. 350 Euro. Bereits im April 2025 freute sich der Kleingartenverein „Bergfrieden“ in Mügeln über 350 Euro freuen und auch die Verkehrswacht Oschatz e.V. erhielt eine

Die „Vereinsmeierei“ stärkt die Gesellschaft auch im Landkreis Nordsachsen enorm

Unterstützung. Ebenso durfte sich der Heimatverein Arzberg bereits über eine Spende freuen! Fakt bleibt: Die Zeiten sind für alle nicht leicht! Viele sprechen lediglich über die Stärkung des Ehrenamtes. Hier muss aber tatkräftig geholfen werden denn die „Vereinsmeierei“ stärkt

unserer Gesellschaft enorm. Sie haben als Vereinsvertreter auch Interesse an meiner finanziellen Förderung? Ihr Verein kommt aus Belgern-Schildau, Dahlen, Mügeln, Oschatz oder Torgau beziehungsweise den Gemeinden Arzberg, Beilrode, Cavertitz, Dreiheide, Liebschützberg, Naundorf oder Wernsdorf?

Dann melden Sie sich bitte unkompliziert per Mail unter tobias.heller@slt.sachsen.de zur Besprechung von Details!

